

1

HENN & WIESCHEMANN
RECHTSANWÄLTE

RA'E HENN & WIESCHEMANN, HARPENER HELLWEG 89, 44805 BOCHUM

An das
Landgericht Bochum
Westring 8

44787 Bochum

ERICH HENN
CHRISTOF WIESCHEMANN

44805 BOCHUM
HARPENER HELLWEG 89
TELEFON: (02 34) 23 16 63-72
TELEFAX: (02 34) 23 34 08

KONTEN:

SPARKASSE BOCHUM
47 306 337 (BLZ 430 500 01)
DEUTSCHE BANK
1295757 (BLZ 430 700 61)

Bochum, den 26.10.1995

Gemeins. Briefannahmestelle d. Amts- u. Landgerichts Bochum	
Eing. i	27. Okt. 1995
Ant. Rd.
DM Kostenm.	
K L A G E	

der Wächter Abfallbeseitigungs GmbH, Karlstr. 42, 58453 Witten,
vertr.d.d. Geschäftsführer Peter Wächter,

Klägerin,

g e g e n

den Stadtdirektor der Stadt Witten, 58449 Witten,

Beklagten.

Namens und in Vollmacht der Klägerin erhebe ich Klage und bean-
trage,

den Beklagten zu verurteilen, an die Kläger 21.197,37 DM
nebst 10,15 % Zinsen seit Rechtshängigkeit zu zahlen.

Begründung:

Die Klägerin ist als Entsorgungsunternehmen u.a. auch im Bereich
der Abfallbeseitigung tätig.

[Handwritten signature]

Die Klägerin wurde am 17.02.1995 von der Fa. Wengen GmbH & Co.KG, Schloßstr. 11, 58456 Witten, die sich mittlerweile in Konkurs befindet, in Anspruch genommen. Infolge erheblicher Niederschlagsmengen quoll am 17.02.1995 Wasser aus dem Ölabscheider im Bereich der Werkstatt der ehemaligen Firma Wengen GmbH & Co.KG hoch. Das mit Öl vermischte Wasser drohte überzulaufen und in den sonstigen Untergrund einzudringen. Bei normalem Abfluß wäre das mit Öl vermischte Wasser ordnungsgemäß, nach Abscheiden der Ölbestandteile, in den Kanal geflossen. Im Auftrag der Fa. Wengen GmbH & Co.KG entfernte und entsorgte die Klägerin insgesamt 50 cbm Ölschlamm aus dem Ölabscheider.

Beweis: Zeugnis des Herrn Böker, zu laden über die Fa. I + M-Meß- und Regeltechnik, Kleine Schöllergasse 1, 58456 Witten.

Nach Absaugen des Ölschlammes stellte ein Mitarbeiter der Fa. Wengen GmbH & Co.KG fest, daß der Ölabscheider intakt war und eine Rohrverstopfung vorlag. Nach Überprüfung des Zuleitungskanals der Fa. Wengen wurde festgestellt, daß für den Rückstau der städtische Hauptkanal ursächlich war, weil dort Baumwurzeln eingewachsen waren. Da nach wie vor Wasser in den Ölabscheider der Fa. Wengen quoll, war es erforderlich, den Durchfluß im städtischen Kanal zu schaffen. Im Auftrag der Fa. Wengen GmbH & Co.KG entfernte die Klägerin das Wurzelwerk im städtischen Kanal, so daß ein ordnungsgemäßer Abfluß gewährleistet war. Zur gleichen Zeit informierte die Fa. Wengen GmbH & Co.KG die Beklagte.

Beweis: Zeugnis Herr Böker, b.b.

Kurze Zeit später erschien ein Mitarbeiter des Tiefbauamtes der Stadt Witten, Herr Thiel. Herrn Thiel wurde der Sachverhalt dargelegt. Dem Vorgehen der Klägerin widersprach er nicht.

Für ihre Arbeiten stellte die Klägerin zunächst der Fa. Wengen GmbH & Co.KG einen Betrag von insgesamt 21.197,37 DM in Rechnung:

1. 50 cbm Ölabscheider á cbm DM 350,--	DM 17.500,--
2. Rohrreinigung:	
Rohrdurchmesser 76-500 mm,	
65 m gereinigtes Rohr pro lfd. m DM 13,50	DM 877,50
An- und Abfahrt pauschal	DM 20,--
Maschineneinsatz	<u>DM 35,--</u>
netto	DM 18.432,50
15 % MwSt	<u>DM 2.764,87</u>
Gesamt:	<u>DM 21.197,37</u>

Die Beklagte hat mit Schreiben vom 24.05.1995 gegenüber der Fa. Wengen GmbH & Co.KG den Anspruch auf Übernahme der durch die Einschaltung der Klägerin entstandenen Kosten abgelehnt. Die Klägerin hat sodann ihrerseits die Beklagte mit Rechnungslegung vom 06.06.1995 zur Zahlung aufgefordert.

Beweis: Rechnung Nr. 146/95 vom 06.06.1995.

Dies ist wiederum von der Beklagten mit Schreiben vom 07.07.1995 abgelehnt worden.

Beweis: Anliegende Kopie des Schreibens der Beklagten vom 07.07.1995.

Die Beklagte ist verpflichtet, die Rechnung zu begleichen. Ihr obliegt die Wartung und Instandhaltung des städtischen Kanalnetzes. Dieser Verpflichtung ist sie nicht rechtzeitig nachgekommen, so daß ein sofortiges Eingreifen der Klägerin erforderlich war.


Rechtsanwalt

4

**Sonder-Abfall Transport
und Recycling
Abfallbeseitigung
Saugwagen
Spülwagen
Container für
Sonderabfälle**

bei Zahlung und Rückfragen bitte angeben!

RECHNUNG

50 cbm Ölabscheider à cbm DM 350,00 DM 17.500,00

Nettobetrag	DM 18.432,50
15 % gesetzliche Mehrwertsteuer	DM 2.764,87

Zu zahlender Betrag DM 21.197,37

11 15 11 11 11 11 11 11 11 11 11 11

Deutsche Bank Witten
BLZ 330 700 90
Konto: 594 3501

Stadt Witten

EINGELANGEN

Der Stadtdirektor



Stadt Witten, 58449 Witten

An die
Wächter Abfallbeseitigungs GmbH
Karlstr. 42

58453 Witten

Rechts- und Versicherungsamt
- Rechtsabteilung -
Husemannstr. 17

Auskunft erteilt:
Herr Witte, Zi. 11
Telefon (02302) 581-3010
Telefax (02302) 85704

Vermittlung (02302) 581-0
Telex 8229101

Mein Zeichen

Datum 07.07.

Betr.:

Abflußstörung durch eingewachsene Baumwurzeln im städt. Kanal

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr Schreiben vom 24.06.1995 (per Fax zugegangen) vermag an unsere Rechtsauffassung nichts zu ändern. Die Schadensursache ist von der Stadt Witten letztlich nicht zu vertreten, da die Fa. Wengen GmbH & Co.KG versucht hat, die Schadensursache in Eigenregie festzustellen, ohne die Stadt Witten zu benachrichtigen. Schadensursache waren die eingewachsenen Baumwurzeln in dem städtischen Hauptkanal. Richtigerweise hätte die Fa. Wengen die Stadt Witten von dem Rückstau informieren müssen. Die Nachsuche durch Mitarbeiter der Stadt Witten hätten ergeben, daß die Störung im städtischen Kanalnetz lag. Nach Beseitigung des Abflußhindernisses wäre das mit Öl vermischte Wasser ordnungsgemäß nach Abscheiden der Ölbestandteile in den Kanal geflossen. Eine besondere Eilbedürftigkeit, die ausnahmsweise ein Einschreiten Ihrerseits notwendig gemacht hätte, lag nicht vor. Aus diesem Grund ist ein Anspruch gegen die Stadt Witten unbegründet.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Konten bei allen Banken in Witten
Stadtparkasse Kto. 737 - BLZ 452 500 35
Postgirokonto Dortmund 7994-460
BLZ 440 100 46

RAe. Dr. König und Houben, Postfach 16 47, 58406 Witten

Ar.
Landgericht Bochum

44787 Bochum

- 6. Dez. 1995

58452 Witten (Ruhr), den 6.12.1995

Beethovenstraße 7
58406 Witten (Ruhr),
Postfach 16 47
Telefon (0 23 02) 52 0 53
Telefax (0 23 02) 27 1 08

Bürozeit: 8.00 - 12.30 und 14.30 - 18.00 Uhr
außer Samstag und Mittwochnachmittag
Sprechstunden der Anwälte nach Vereinbarung

In Sachen

Wächter Abfallbeseitigungs GmbH ./.. Stadt Witten

- 6 O 569/95 -

vertreten wir den Beklagten.

Wir beantragen,

die Klage abzuweisen.

Begründung:

Zutreffend ist zwar, daß eingewachsene Baumwurzeln im städtischen Hauptkanal ursächlich für den Rückstau bei der Fa. Wengen GmbH & Co.KG waren. Allerdings bedeutet das nicht, daß die Beklagte für die von der Klägerin durchgeführten Arbeiten einzustehen hat.

Die Klägerin hat von der Fa. Wengen GmbH & Co.KG den Auftrag erhalten, den Ölabscheider leerzupumpen. An Ort und Stelle traf ein großer Tank-Lkw mit Pumpvorrichtung ein. Er wurde von einem Angestellten der Klägerin bedient, der keinerlei Kenntnis davon hatte, warum der Ölabscheider leerzupumpen war.

Beweis: Zeugnis des technischen Angestellten Hans-Jürgen Thiel, Kornblumenweg 8, 58097 Hagen.

Der Zeuge Thiel ist technischer Angestellter bei der Beklagten, Tiefbauamt, und als solcher zuständig für die Kanalunterhaltung auf dem Gemeindegebiet der Beklagten.

Mit der Beseitigung und Entsorgung des Ölschlammes hat die Beklagte deshalb nichts zu tun. Dies war allein Aufgabe der Fa. Wengen GmbH & Co.KG. Im übrigen war es zur Gefahrenabwehr nicht erforderlich, daß die Klägerin anstelle der Beklagten den städtischen Kanal von den Wurzeln befreit:

Bei dem Ölabscheider handelt es sich um einen runden Behälter, der gewissermaßen die Funktion eines Revisionsschachtes hat. Die Abwässer aus dem Gebäude gelangen in den Ölabscheider. Dieser ist so konstruiert, daß das Wasser nicht ohne weiteres weiterfließt, sondern nach unten gelenkt wird. Diese Maßnahme bewirkt, daß Ölrückstände, die stets auf der Wasseroberfläche fließen, aufgefangen werden. Das darunter befindliche Wasser kann sodann weiterfließen und gelangt über den weiteren Hausanschluß in das Kanalnetz. Der Ölabscheider hat stets eine Rückflußsicherungs- klappe. Es ist demgemäß sichergestellt, daß in den Ölabscheider aus dem öffentlichen Kanal nichts hineinfließen kann. Im vorliegenden Fall wurde das Überfließen des Ölabscheiders - es drang Wasser aus dem Schachtdeckel - dadurch verursacht, daß die Fa. Wengen Abwässer in den Ölabscheider leitete, obwohl dieser keine Abwässer mehr in den öffentlichen Kanal abgab.

Beweis: Zeugnis Thiel, b.b.

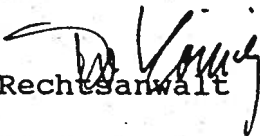
Allererste Maßnahme wäre es deshalb gewesen, das Einleiten von Abwässern abzustellen. Das Problem des drohenden Überlaufens des Ölabscheiders wäre vollständig gelöst gewesen.

Beweis: 1. Zeugnis Thiel, b.b.

2. Sachverständigengutachten.

Sodann hätte die Fa. Wengen prüfen müssen, aus welchen Gründen ein Wasserabfluß aus dem Ölabscheider nicht mehr stattfand. Hiervon hätte sie die Beklagte informieren müssen. Die Beklagte hat eine jederzeit einsatzbereite Rufbereitschaft der technischen Abteilung des Tiefbauamtes. Für die Beklagte wäre es ohne größeren Aufwand möglich gewesen, die Schadensursache zu finden, den Kanal freizuspülen und die Baumwurzeln mit einer Fräse zu beseitigen. Einen zwingenden Grund, die Klägerin mit diesen Aufgaben zu betrauen, bestand nicht.

Aus vorstehendem ergibt sich, daß weder die Übernahme der Leistungen der Klägerin noch die Art der Ausführung dringend geboten waren. Die Klage kann deshalb keinen Erfolg haben.


Rechtsanwalt

Öffentliche Sitzung
des Landgerichts Bochum
Geschäftsnummer: 6 O 569/95

Bochum, den 01.02.1996

9

Gegenwärtig:

Vors. Richter am LG Dr. Schöller
als Vorsitzende

Richter am LG Westernhagen
Richter Wassmuth
als beisitzende Richter

JAng. Lichter
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

In Sachen

Fa. Wächter Abfallbeseitigungs GmbH ./.. Stadt Witten

erschieden bei Aufruf der Sache

1. für die Klägerin Rechtsanwalt Henn,
2. für die Beklagte Rechtsanwalt Dr. König.

Der Anwalt der Klägerin stellte den Antrag aus der Klageschrift vom 26.10.1995.

Der Anwalt der Beklagten beantragte, die Klage abzuweisen.

Der Anwalt der Klägerin erklärte:

Die Forderung ist zur Konkurstabelle angemeldet, Zahlungen sind nicht erfolgt.

Die Sach- und Rechtslage wurde erörtert.

b.u.v.:

Eine Entscheidung ergeht am Schluß der Sitzung.

Dr. Schöller

Lichter, JAng

(
Vermerk für den Bearbeiter

Die Formalien (Ladungen, Zustellungen, Vollmachten und Unterschriften) sind in Ordnung.

Sollte der Bearbeiter den Fall aus einem rechtlichen Gesichtspunkt entscheiden wollen, der von den am Verfahren Beteiligten nicht angesprochen worden ist, so ist zu unterstellen, daß ihnen im Laufe des Verfahrens Gelegenheit zur Erörterung gegeben worden ist.

Es ist zu unterstellen, daß der ordentliche Rechtsweg zulässig ist.

Die Klagezustellung erfolgte am 27.10.1995.

KV 1741

Prüfervermerk zur Vortragsakte

Satur GmbH ./.. Stadt Witten - 6 O 569/94 LG Bochum -

Dieser Vermerk erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Er soll lediglich auf die Probleme hinweisen, die das Prüfungsamt veranlaßt haben, die Aufgabe für einen Aktenvortrag auszugeben.

Die zulässige Klage hat keinen Erfolg.

1. Soweit die Klägerin 50 cbm Ölschlamm aus dem Ölabscheider der Fa. Wengen GmbH & Co.KG entsorgt und hierfür 17.500,-- DM zzgl. MwSt berechnet hat, kann sie von der Beklagten nicht gem. § 683 Satz 1 BGB Ersatz ihrer Aufwendungen verlangen. Die Voraussetzungen einer Geschäftsbesorgung gem. § 677 BGB sind ungeachtet der Einschränkungen bei der Übernahme öffentlich-rechtlicher Geschäfte durch einen Privaten nicht erfüllt. Die Klägerin hat kein Geschäft für die Beklagte besorgt. Es dürfte der sog. Fremdgeschäftsführungswille gefehlt haben. Die Klägerin war gegenüber der Fa. Wengen vertraglich verpflichtet, den Ölschlamm abzusaugen. In Erfüllung dieser Verpflichtung führte sie insoweit ein eigenes Geschäft durch. Allerdings kann nach h.M. auch dann, wenn der Geschäftsführer einem Dritter gegenüber zur Besorgung verpflichtet ist, eine Geschäftsführung ohne Auftrag für einen anderen vorliegen (BGHZ 101, 399; BGH NJW-RR 1989, 970; Palandt-Thomas, § 677 Rn. 7; a.A. OLG Koblenz NJW 1992, 2367). Dies ist der Fall, wenn der Handelnde ein Geschäft nicht nur als eigenes, sondern zumindest auch als fremdes besorgt, also mit dem Bewußtsein, der Erkenntnis und dem Willen, im Interesse eines anderen zu handeln (Palandt-Thomas, § 677 Rn. 3). Es kann an dieser Stelle offenbleiben, ob das Absaugen des Ölschlammes als sog. "objektiv auch fremdes Geschäft" einzustufen ist, bei dem der Fremdgeschäftsführungswille vermutet wird (BGHZ 98, 235; Palandt-Thomas, § 677 Rn. 6), oder ob von einem objektiv eigenen Geschäft auszugehen ist, das seinen Fremdcharakter erst durch den Fremdgeschäftsführungswillen erhält (Palandt-Thomas, § 677 Rn. 5). Die Klägerin hat nach ihrem eigenen Vortrag bei der Übernahme des Geschäfts nicht mit dem Willen gehandelt, die Tätigkeit (auch) für die Beklagte durchzuführen, so daß auch bei einem sog. objektiv auch fremden Geschäft die Vermutungswirkung erschüttert ist. Gegen einen Fremdgeschäftsführungswillen der Klägerin spricht entscheidend, daß sie erst nach Beendigung ihrer diesbezüglichen Arbeiten erkannt hat, daß die Baumwurzeln im städt. Kanal ursächlich für den Rückstau waren. Die Klägerin konnte also bei der Ausführung ihrer Arbeiten nicht davon ausgehen, daß es eigentlich Sache der Beklagten war, den Ölschlamm abzupumpen. Im übrigen bestand auch keine vorrangige ordnungsbehördliche Pflicht der Beklagten zum Einschreiten. Eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung hätte erst dann bestanden, wenn die Fa. Wengen GmbH & Co.KG nicht in der Lage gewesen wäre, den Ausfluß des Wasserölgeschmischtes selbst oder durch geeignete Helfer einzudämmen.
2. Ein Anspruch auf Ersatz von 932,50 DM zzgl. MwSt für die Reinigung der städt. Rohre (Entfernen der Wurzeln) steht der Klägerin gleichfalls nicht aus § 683 S. 1 BGB zu. Besorgt ein Privater für eine juristische Person des öffentlichen Rechts ein öffentlich-rechtliches Geschäft - um ein solches dürfte es sich bei der Reinigung der städt. Rohre zweifellos handeln -, sind die §§ 677 ff. BGB nur mit Einschränkungen anwendbar. Die Geschäftsführung durch einen anderen als die nach den öffentlich-rechtlichen Regelungen dazu bestimmte Person muß im öffentlichen Interesse liegen (BGH NJW 1978, 1259; Palandt-Thomas, Einf. v. § 677 Rn. 15). Hiervon kann nur ausnahmsweise ausgegangen werden, wenn i.S.v. § 679 BGB ein öffentliches Interesse an einem unverzüglichen Tätigwerden besteht, die zuständige Stelle ein Tätigwerden ablehnt oder zögert und nur eine bestimmte Maßnahme in Betracht kommt. Eine akute Gefahr für das Grundwasser, die nur durch ein Tätigwerden der Klägerin beseitigt werden konnte, bestand nicht. Nach der Vortrag der Beklagten - dem die Klägerin nicht erheblich entgegengetreten ist - hätte ausgereicht, wenn die Fa. Wengen kein Abwasser mehr zugeführt hätte. Im übrigen sind keine Anhaltspunkte vorhanden, wonach die Beklagte die Rohrreinigungsarbeiten überhaupt nicht oder nicht rechtzeitig erfüllt hätte. Vielmehr hat sich der zuständige Sachbearbeiter der Beklagten nach Anzeige durch die Fa. Wengen sofort vor Ort begeben. Ausreichendes Personal und Gerät für die erforderlichen Rohrreinigungsarbeiten standen der Beklagten jederzeit zur Verfügung.
- Textkontrolle: BGB.

679 =
nicht
in der
Kl. 1
und 2